

Sicherheitspolitische Folgen der Corona-Krise weltweit : eine erste Bilanz

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheitspolitische Folgen der Corona-Krise weltweit – Eine erste Bilanz

Dieser Beitrag untersucht einleitend die sicherheitspolitischen Folgen der Corona-Krise in Saudi-Arabien, wo die stark negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu einem innenpolitischen Erstarren der saudischen Islamisten führen könnte, was wiederum sicherheitspolitische Auswirkungen auf das saudische Verhältnis zu den USA und europäischen Staaten haben könnte.

Stefan Goertz

Die Corona-Pandemie ist ein wichtiger Faktor für das Wiedererstarren des «Islamischen Staates» (IS) im Irak und in Syrien; diese Frage wird im zweiten Kapitel untersucht. Abschliessend werden die sicherheitspolitischen Folgen von Corona in den Bürgerkriegsländern Jemen und Libyen analysiert.

Corona und die sicherheitspolitischen Folgen für Saudi-Arabien

Die Corona-Krise hat seit Monaten massive wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen auf Saudi-Arabien, das zu einem weltweiten Corona-Hotspot geworden ist. Die erste gewichtige Konsequenz der Corona-Krise für Saudi-Arabien war im Frühjahr, dass die ausgebremste Weltwirtschaft weniger Erdöl nachfragte und der Fasspreis für Erdöl im April auf unter 20 Dollar abstürzte. Dadurch brachen die saudischen Erdöleinnahmen um rund ein Viertel ein. In der Konsequenz kürzte Saudi-Arabien seine Staatsausgaben, verdreifachte die Mehrwertsteuer und erhöhte die öffentliche Verschuldung von 30 auf 50 Prozent der

jährlichen Wirtschaftsleistung.¹ Zu Beginn der Corona-Krise schien Saudi-Arabien das Virus zunächst erfolgreich zu bekämpfen: Einkaufszentren, Restaurants, Schulen und auch alle Moscheen wurden frühzeitig geschlossen. Bereits im April jedoch wurden aus wirtschaftlichen Gründen erste Lockerungen des Lockdowns beschlossen und die Moscheen durften wieder öffnen. Mit den Lockerungen jedoch stiegen die Fallzahlen massiv an. Aktuell stecken sich täglich mehr als 4000 Menschen mit dem Virus an. Insgesamt gibt es bis jetzt knapp 230 000 bestätigte Fälle, in etwa die Zahl der Corona-Infizierten von Italien, obwohl Saudi-Arabien mit 34 Millionen Menschen nur ca. halb so gross ist.²

Die durch Corona eingebrochenen Staatseinnahmen treffen Saudi-Arabien umso härter, als das Land im Jemen in einen kostspieligen Krieg verwickelt ist, aus dem es sich nur schwer zurückziehen kann. Trotz der massiven wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise setzt der saudische Kronprinz Muhammad Bin Salman auf Kontinuität und verfolgt seine aggressive antiiranische Regionalpolitik weiter, einschliesslich des Krieges im Jemen, und kauft weiterhin moderne Waffensysteme

Die Milizen des Bürgerkriegsgenerals Haftar kontrollieren (noch) die wichtigen Ölfelder in Libyen.

Bilder: Wikimedia Commons

me für die saudischen Streitkräfte.³ Dabei sind die Kosten für den saudischen Krieg im Jemen gewaltig, sie sollen jährlich mindestens 60 Milliarden Dollar betragen. Die signifikanten wirtschaftlichen Einbusen Saudi-Arabien könnten mittelfristig Einfluss auf die Sicherheitspolitik Saudi-Arabien ausüben, sprich: Die saudische Kriegführung im Jemen könnte sich verändern. Eine weitere sicherheitspolitische Folge der Corona-Krise in Saudi-Arabien könnte sein, dass im Bereich der innenpolitischen Opposition islamistische Kräfte erstarren. So entwickelte sich in Phasen niedriger Ölpreise während der 1980er und 1990er Jahre in Saudi-Arabien eine starke islamistische Opposition. Und auch aktuell ist damit zu rechnen, dass viele Saudis mit Unmut auf die hohe Arbeitslosigkeit und die Kürzung von Subventionen reagieren.⁴ Ein innenpolitisches Erstarren von Islamisten in Saudi-Arabien wiederum könnte Konsequenzen für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strategie westlicher Staaten wie der USA und europäischer Staaten wie Deutschland gegenüber Saudi-Arabien haben.

Eine von Huthi-Rebellen zerstörte Fabrik im Jemen.

Corona und das Wiedererstarken des «Islamischen Staats» (IS) in Syrien und im Irak

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist der – monatelang von westlichen Medien als tot erklärte – «Islamische Staat» in Syrien und im Irak wieder auf dem Vormarsch. Allein im Mai 2020 hat der IS über 100 terroristische Anschläge in Syrien und im Irak verübt. Seitdem der IS im Frühjahr 2019 den letzten Rest seines «Neo-Kalifats» verlor, hat er bewiesen, dass er auch ohne Territorium eines «Neo-Kalifats» weiterlebt und von grosser sicherheitspolitischer Relevanz ist. Die Wüstenregion Badia – über eine halbe Million Quadratkilometer – im Grenzgebiet Irak-Syrien ist ein idealer Rückzugsraum für den IS. Den syrischen Streitkräften gelang es auf Grund eines Mangels an Soldaten wegen des seit vielen Jahren andauernden Bürgerkrieges nicht, das Einsickern des IS in die Wüstenregion Badia zu verhindern.⁵ Die aktuelle Strategie des IS nutzt die Corona-Krise. So greift der IS häufig in der Nähe von Fernstrassen an, die sie anschliessend für den Schmuggel oder zur Erpressung von «Mautgebühren» nutzen. Aufgrund der Corona-Pandemie stehen dem IS im Irak erheblich weniger irakische Soldaten gegenüber, weil die irakischen Streitkräfte ihre Präsenz in Operationsgebieten des IS verringern mussten und viele irakische Soldaten die Ausgangssperren und Pandemie-Vorgaben überwachen müssen. Auch die westliche Hilfe für den militärischen Kampf gegen den IS leidet unter der Corona-Pandemie. Die deutsche Bundeswehr unterbrach die Ausbildung irakischer Soldaten nördlich von Bagdad, ebenso die britischen und französischen Streitkräfte.⁶ Noch erheblich schwerer als der Truppenabzug der Deutschen, Briten und Franzosen wiegt, dass die US-Truppen im Irak seit Beginn der Corona-Krise erheblich reduziert wurden. Aus Syrien ziehen die USA den Grossteil ihrer Truppen ab.

Verstärkt durch die Corona-Pandemie nutzt der IS das Sicherheitsvakuum – Mangel an Soldaten und Polizisten – in

Irakische Soldaten führen in der Corona-Krise kaum noch Operationen.



Ein Logo der Huthi Rebellen im Jemen.

Syrien und im Irak aus, um mit Guerilla-Taktiken vorzugehen, Gelder zu erpressen und Anschläge zu verüben. Zusammengefasst ist festzustellen, dass die Corona-Pandemie im Irak und in Syrien

bereits länger absehbare Trends verstärkt. Trotz der militärischen Niederlagen des IS bestehen die Probleme fort, die zu seinem Aufstieg des IS ab 2012 führten. Die militärischen Gegenmassnahmen der Assad-Streitkräfte gegen den IS haben auch zahlreiche «Kollateralschäden» in der sy-





Anschläge des IS auf Busse im Irak.

rischen Zivilbevölkerung bewirkt, so dass der IS unter der betroffenen Zivilbevölkerung Unterstützung hat. Ähnliches gilt für den Irak, wo die irakische Regierung die sunnitischen Landesteile so massiv benachteiligt, dass viele Bewohner des Nordens und Nordwestens das «Neo-Kalifat» des IS vorzieht. Je mehr die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Regierungen und Streitkräfte des Iraks und Syriens schwächen, desto grösser könnte der Handlungsspielraum des IS werden.⁷

Corona und sicherheitspolitische Folgen in den Bürgerkriegsländern Jemen und Libyen

Im Jemen eskalieren Bürgerkrieg und die Corona-Pandemie gleichzeitig. Bald könnten dort mehr Menschen an COVID-19 sterben als an den Kriegsfolgen. Im gesamten Jemen gibt es nur 500 Beatmungsgeräte für die etwa 28,5 Millionen Menschen, davon funktionieren nur ca. 150. In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa gibt es lediglich sechs Intensivbetten für COVID-Patienten. Neben der Corona-Epidemie mehren sich im Jemen Fälle von Cholera, Dengue-Fieber und anderen Infektionskrankheiten. Die Zahl der Corona-Toten könnte, so warnt UN-Nothilfekordinatorin Lise Grande, bald die Zahl der Menschen übersteigen, die seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2014 an Hunger, Krankheiten und durch die Kampfhandlungen ums Leben gekommen seien, mehr als 250 000 Menschen.⁸ Im Jemen tobt seit vier Jahren ein Bürgerkrieg, der begann, als Huthi-Rebellen weite Teile des Landes überrannten. Das Nachbarland Saudi-Arabien ist mit der Regierung verbündet und bombardiert gemeinsam mit einer Koalition Stellungen der vom Iran unterstützten Huthi. Diese kontrollieren den Norden des Landes und die Hauptstadt Sanaa. Aus dem von den Huthi kontrollierten Norden des Landes gibt es allerdings seit Mitte Mai keine Zahlen mehr, und die Testkapazitäten sind im ge-

samten Land sehr beschränkt. Der Aufruf von UN-Generalsekretär António Guterres für eine Corona-Waffenruhe im Jemen verhallte ungehört, der Bürgerkrieg hat sich seit dem Ausbruch von Corona sogar noch intensiviert. Die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen haben alle Vorschläge für einen Waffenstillstand ausgeschlagen und auch eine von Saudi-Arabien verkündete einseitige Feuerpause ignoriert.⁹ Neben Bürgerkrieg und der Corona-Pandemie verschärft ein weiterer Faktor die Krise im Jemen: Die Bereitschaft der internationalen Geberstaaten, dem Jemen zumindest humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, ist so weit zurückgegangen, dass bald Krankenhäuser schliessen und die Lebensmittelrationen gekürzt werden müssen, auf die mehr als 20 Millionen Jemeniten angewiesen sind, um zu überleben. Bei einem von den UN ausgerichteten Spendengipfel kamen nur Zusagen von 1,35 Milliarden US-Dollar zusammen. Dagegen wären mindestens 2,4 Milliarden US-Dollar nötig gewesen, um die Hilfe auf dem bisherigen Niveau fortzuführen, durch die Corona-Pandemie aber steigt der Bedarf. Zugleich sind die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Jemeniten um 80 Prozent eingebrochen, weil viele durch die Corona-Krise ihre Arbeit in den Golfstaaten verloren haben. Die Preise für Grundnahrungsmittel im Jemen aber sind seit April um ein Drittel gestiegen.¹⁰

Auch im Bürgerkriegsland Libyen zeichnet sich in der Corona-Krise trotz zahlreicher internationaler Appelle keine dauerhafte Waffenruhe und schon gar keine Lösung des zum Stellvertreterkrieg zwischen – unter anderem – Russland und der Türkei eskalierten Bürgerkriegs ab. Die Schlacht um die Hauptstadt Tripolis ist zwar beendet, weil die Truppen des Premierministers Al Sarradsch im Kampf gegen die Milizen von General Haftar massiv von der Türkei unterstützt wurden. Seit Juli ziehen

beide Bürgerkriegsparteien ihre Truppen und Milizen um Sirte zusammen. Diese am Mittelmeer gelegene Stadt ist strategisch bedeutend für den Zugang zum «Öl-Halbmond» an der Küste. Sollten die Truppen der GNA-Regierung von Premierminister Al Sarradsch mithilfe der Türkei versuchen, die Stadt einzunehmen, hat Ägypten mit dem Einmarsch nach Libyen gedroht. Die Hilfsorganisation «Ärzte ohne Grenzen» warnt, dass die Kombination aus militärischer Eskalation und Corona-Epidemie das nordafrikanische Land Libyen in eine humanitäre Katastrophe stürzen könnte, weil dadurch der Spielraum für humanitäre Hilfe massiv eingeengt werde. Alleine durch die militärische Schlacht um die Hauptstadt Tripolis wurden 400 000 Menschen vertrieben.¹¹

Fazit

Die Corona-Pandemie von historischem Ausmass wirkt seit ihrem Ausbruch im Frühjahr 2020 als weltweiter sicherheitspolitischer Katalysator und hat zahlreiche sicherheitspolitische Probleme mit weitreichenden Folgen noch verstärkt: Fortgesetzte und sogar noch intensivierete Kriege im Jemen und in Libyen sowie ein Wiedererstarken der von zahlreichen westlichen Medien tot geglaubten dschihadistischen Organisation «Islamischer Staat» im Irak und in Syrien. ■

1 <https://www.nzz.ch/international/coronavirus-saudiarabien-wird-zum-hotspot-ld.1565185> (5.8.2020).
 2 Ebd.
 3 https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A64_saudi_arabien_pandemie.pdf, S. 1 (5.8.2020).
 4 Ebd., S. 8.
 5 <https://www.tagesspiegel.de/politik/wie-ein-krebsgeschwuer-die-terrororganisation-isbreitet-sich-in-syrien-wieder-aus/25908048.html> (5.8.2020).
 6 Ebd.
 7 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/islamischer-staat-irak-syrien-teiltrueckzug-ustruppen-coronavirus> (5.8.2020).
 8 <https://www.sueddeutsche.de/politik/jemen-libyen-corona-krieg-1.4964581> (5.8.2020).
 9–11 Ebd.



Prof. Dr. Stefan Goertz
 Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
 Hochschule des Bundes
 D-23562 Lübeck